

unserer demokratischen Ordnung größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann darum nur nützlich sein, wenn man über das Thema „Die Rolle der Volksvertretungen im Staat der Arbeiter und Bauern und ihr Verhältnis zum Staatsapparat“ auch in der staatspolitischen Schulung eine klärende Aussprache organisiert.

Von erstrangiger Bedeutung für die Entwicklung unserer Demokratie ist die Arbeit der Gemeindevertretungen. Gegenwärtig haben wir im Bezirk einen solchen Zustand, daß es dort noch die größten Schwächen in der Entfaltung des demokratischen Lebens gibt. Die örtlichen Volksvertretungen, die die übergroße Mehrzahl ausmachen und die die unmittelbaren Organisatoren sein müssen in der Gewinnung der breiten Schichten der Werktätigen zur aktiven Mitarbeit bei der Erfüllung unserer staatlichen Aufgaben, sind noch unser schwächstes Kettenglied in der Arbeit der staatlichen Organe. Dieser Zustand erfordert eine rasche Veränderung, weil gerade hier, wo das politische und wirtschaftliche Leben unmittelbar organisiert wird, die Beziehungen der Werktätigen zu ihrem Staat, zum Staat der Arbeiter und Bauern, eng und fest geknüpft werden müssen. In der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen muß mit besonderer Beharrlichkeit das verkündete Prinzip durchgesetzt werden, daß die Volksvertretung die umfassendste Massenorganisation der Werktätigen darstellt.

Nicht nur durch die Unregelmäßigkeit der Tagungen der Gemeindevertretungen wird die breite Entfaltung der Demokratie gehemmt, sondern auch durch das Bevormunden der Gemeindevertretungen von seiten der Gemeinderäte und Bürgermeister und der Organe der Kreisverwaltung. Die mangelhafte Beteiligung der Gemeindevertreter an den Vorbereitungen der zur Behandlung stehenden Probleme und das planlose Arbeiten wirkt sich hemmend auf die Arbeit der Gemeindevertretungen aus. Es wäre jedoch falsch, die Schuld dafür nur im mangelnden Interesse der Menschen oder im bösen Willen der Bürgermeister zu suchen. Dieses Hemmen der Initiative von unten und der Einbeziehung unserer Menschen hat seine Ursache nicht zuletzt auch in der bisherigen Methode der Bevormundung und Gängelung der unteren Staatsorgane.

Wenn sich beim Ministerrat und bei den einzelnen Ministerien schon die Erkenntnis sichtbar durchzuringen beginnt, daß es nicht notwendig ist, alles zu bestimmen und vorzuschreiben, was in den Volksvertretungen zu behandeln ist, so kann man diesen Genesungsprozeß bei den nachgeordneten Organen noch nicht feststellen. Noch immer schreiben die Räte der Kreise zu viel vor, was in den Gemeindevertreter-sitzungen behandelt werden soll. So hat zum Beispiel die Org.-Instrukteurabteilung beim Rat des Kreises Cottbus-Land durch Rundschreiben den Gemeindevertretungen vorgeschrieben, was sie in den Sitzungen zu behandeln haben. Die Abteilungen geben zum Beispiel Empfehlungen, die, von den Bürgermeistern als sogenannte Anleitung und Hilfe ernst genommen, im Ergebnis dann Tagesordnungen der Gemeindevertreter-sitzungen zustande kommen lassen, die zehn und mehr Punkte enthalten. In der unlängst in der Gemeinde Laubst stattgefundenen Gemeindevertreter-sitzung lag eine solche zehn Punkte umfassende Tagesordnung vor. Zu allen Punkten war der Bürgermeister Berichterstatter. Daß die Gemeindevertreter „glücklich über die Runden kamen“, ist dem Umstand zu verdanken, daß über die 3. Parteikonferenz nicht diskutiert, der Punkt „Unterstützung der LPG“ vertagt und der Haushalts- und Dorf-arbeitsplan ohne großes Für und Wider bestätigt wurde. In die Vorbereitung dieser Sitzung wurden die Gemeindevertreter nicht mit einbezogen. Die Bevölkerung wurde nicht zu den wichtigen Problemen, wie Dorf-arbeitsplan usw., gehört.